

Zürich

Sozialausgaben müssen gerechter verteilt werden

Leitartikel zu den Zusatzleistungen Es ist höchste Zeit, ein Problem anzugehen, das manche Gemeinden finanziell fast erdrückt: die hohen Sozialausgaben. Der neue Verteilschlüssel für die Kosten der AHV- und IV-Zusatzleistungen sorgt für Linderung.

Seit Jahren klagen die Gemeinden im Kanton über die zunehmenden Sozialkosten. Besonders hoch sind die Beiträge an die Zusatzleistungen, die sie an einkommensschwache AHV- und IV-Rentner entrichten. Deshalb ist es höchste Zeit, dass die Stimmberechtigten am 27. September über eine Vorlage entscheiden, die einen neuen Verteilschlüssel vorsieht. Die Gemeinden sollen weniger zahlen, der Kanton dafür mehr. Statt die Hälfte soll er künftig 70 Prozent der jährlichen Kosten von fast einer Milliarde Franken übernehmen. So wollen es die Gemeinden, der Kantonsrat und eine Mehrheit der Parteien.

Der Regierungsrat sowie die SVP und die EDU sind dagegen. Der Kanton könne eine höhere Beteiligung an den Zusatzleis-

tungen nicht verkraften, betont Finanzdirektor Ernst Stocker (SVP) immer wieder. Mit rund 175 Millionen Franken pro Jahr würde der Kanton zusätzlich belastet. Logisch also, ist Stocker dagegen – wäre er es nicht, würde er seinen Job als kantonaler Kassenwart nicht richtig machen.

Korrekt ist auch, dass der Kanton Zürich derzeit mit der Bewältigung der Corona-Krise finanziell besonders stark gefordert ist. Doch anderen Kantonen geht es ähnlich – und doch sind sie spendabler. Stocker kann noch lange darauf hinweisen, dass der Kanton Zürich dafür in anderen Bereichen finanziell grosszügig mit den Gemeinden ist. Bei den Zusatzleistungen ist und bleibt Zürich knausrig. Fast alle Kantone zahlen mehr, viele –

Für stark betroffene Gemeinden dürfen die Zusatzleistungen nicht zum finanziellen Risiko werden.

darunter die Nachbarkantone Aargau, St. Gallen und Thurgau – sogar den vollen Betrag.

Auch für einen finanzstarken Kanton wie Zürich müsste deshalb mehr möglich sein. Natürlich, die Sozialausgaben sind ein grosser Brocken. Aber es geht nicht nur um die Kantonskasse. Sondern um die Frage, ob die Finanzlast künftig gerechter verteilt werden kann. Die Kosten übernimmt, egal ob das Geld nun aus der Gemeinde- oder der Kantonsschatulle stammt, letztlich ohnehin der Steuerzahler. Und für diesen spielt es eine untergeordnete Rolle, aus welchem Kässeli die Zusatzleistungen bezahlt werden.

Nicht egal kann es ihm hingegen sein, wenn seine Wohn-gemeinde vor lauter Sozialaus-

gaben andere wichtige Aufgaben nicht mehr wahrnehmen kann oder Projekte zurückstellen muss. Für stark betroffene Gemeinden dürfen die Zusatzleistungen nicht zum finanziellen Risiko werden.

In vielen Fällen sind sie dies aber bereits. Die Gemeinden haben keinen Einfluss auf die Höhe der Ausgaben, da die Zusatzleistungen für AHV- und IV-Bezüger gesetzlich vorgeschrieben sind. Sie können also nichts unternehmen, um die Kosten zu senken. Viel schlimmer noch: Sie werden dafür bestraft, wenn auf ihrem Gemeindegebiet überdurchschnittlich viele arme Rentner leben, die auf Unterstützung angewiesen sind – so, wie dies in den Städten Zürich und Winterthur, in einigen Agglo-Gemeinden, aber auch in

manchen ländlichen Dörfern der Fall ist.

Mit Annahme der Vorlage sind die hohen Kosten zwar noch immer nicht gleichmässig auf alle Gemeinden verteilt. Aber die Schere wäre nicht mehr so gross wie heute. Damit ist schon einiges gewonnen, auch wenn das Problem der steigenden Sozialausgaben weiterhin besteht. Dieses zu lösen, ist jedoch nicht der Anspruch der Vorlage. Denn jeder weiss: Die Kosten wegzaubern kann niemand. Sie gerechter als heute verteilen, ist hingegen möglich.



Michel Wenzler
Redaktor Zürich

Der Freund des Grossmünsters

Besuchermangel in Kirchen Christoph Schneider hilft als Leiter des Freundeskreises Grossmünster, wieder mehr Menschen in die Zürcher Kirche zu locken.

«Das Grossmünster ist zwar das Wahrzeichen von Zürich, wird aber vor allem jetzt zu Corona-Zeiten nur selten besucht», sagt Christoph Schneider. Er zeigt auf eine Handvoll Touristen, die ein paar Selfies knipsen, aber der reformierten Kirche keinen Besuch abstatten. Etwas wehmütig blickt er zu den imposanten Türmen hoch, die mit 187 Treppenstufen erklommen werden können. «Von dort oben hat man einen traumhaften Ausblick über die Altstadt», sagt Schneider, der in Uitikon wohnt.

Schneider geht es aber nicht primär um Touristen. Vielmehr gab ihm und den beiden Grossmünsterpfarrern Martin Rüschi und Christoph Sigrist das schwindende Interesse an der Kirche zu denken. «Seit dem Zusammenschluss der Stadtzürcher Kirchgemeinden vor zwei Jahren sind die Kirchenmitglieder verunsichert», sagt er. Zusammen mit den Pfarrern suchte Schneider nach Wegen, die Menschen wieder stärker ans Grossmünster zu binden. In der Folge gründeten sie vor drei Jahren den Freundeskreis Grossmünster, den Schneider seither leitet.

Dieser ist als offenes Forum organisiert und verfügt nicht wie ein Verein über Statuten und Vorstand. Der Freundeskreis bietet Führungen an und organisiert kulturelle und politische Veranstaltungen. Zweimal jährlich finden Gespräche mit bekannten Persönlichkeiten statt. Mit diesem Konzept ist Schneider erfolgreich: «Wir haben 2138 Mitglieder, und die Kirche ist an den Veranstaltungen gut besucht.»

Zufälliges Engagement

Schneiders eigenes Verhältnis zur reformierten Kirche verlief über die Jahre unbeständig. «Nach einem unerfreulichen Erlebnis mit der Kirche bin ich mit 40 Jahren ausgetreten.» Den Glauben habe er aber nie verloren. «Ich fühle mich immer zur Kirche zugehörig und dort geborgen.»



Christoph Schneider trat nach 25 Jahren wieder in die Kirche ein und unterstützt sie seither als Freiwilliger. Foto: Fabio Baranzini

Im Ruhestand wollte sich der Betriebswissenschaftler dann ehrenamtlich engagieren. «Die Kirche als Staatsreligion finde ich eine gute Sache, und sie leistet sinnvolle Arbeit», sagt der 72-Jährige. So trat er nach 25 Jahren wieder in die Kirche ein und unterstützt sie seither als Freiwilliger.

Sein Engagement für das Grossmünster in Zürich ist zufällig entstanden. «Ich hatte nichts mit dem Grossmünster zu tun», sagt Schneider. Doch auf

einer Führung lernte er Pfarrer Christoph Sigrist kennen, der ihn für den ehrenamtlichen Präsenzdienst in der Kirche überzeugen konnte. «Mir gefällt die internationale Ausstrahlung des Grossmünsters.»

Alles im Einmannbetrieb

Kinder hat Schneider keine. Dass er familiär wenig eingebunden ist, sei auch ein Grund, wieso er sich in der Kirche engagiere. «Die Arbeit in der und für die Gemeinschaft befriedigt mich

sehr», sagt er. Es würden ihm viel Anerkennung und Dankbarkeit von den Mitgliedern und den Besuchern entgegengebracht.

Der Freundeskreis Grossmünster ist praktisch ein Einmannbetrieb. Von den Ideen für Veranstaltungen bis hin zum Versand von Werbe-flyern kümmert sich der Rentner um alles. «Es ist ein 50-Prozent-Job, der mir im Alltag Struktur gibt.»

Für die Zukunft der Kirche hat Schneider klare Visionen. «Um

wieder mehr Mitglieder zu gewinnen, muss die Kirche auf die Leute zugehen und sie nach ihren Bedürfnissen fragen», sagt er. Wünsche hat Schneider auch für seinen Freundeskreis: «Ich erhoffe mir, dass sich der Freundeskreis weiterhin so dynamisch entwickelt wie bis anhin und wir mit den Veranstaltungen auch viele Menschen ins Grossmünster bringen, die am Sonntag lieber zu Hause bleiben.»

Alice Küng

Der Streit um Kantonsratslöhne geht weiter

Ans Bundesgericht Anfang Jahr hat sich der Zürcher Kantonsrat selber den Lohn erhöht. Gegen den Entscheid wehrte sich der Küssnacher SVP-Kantonsrat Hans-Peter Amrein. Er wandte sich ans Verwaltungsgericht und argumentierte, die neue Entschädigungsverordnung verstosse gegen das Legalitäts- und Gewaltenteilungsprinzip.

Das Gericht sah es anders und wies die Beschwerde ab. Amrein lässt sich durch den Entscheid nicht beirren und zieht den Fall ans Bundesgericht weiter, wie er gestern mitteilte. Die Zürcher Kantonsverfassung schreibe für das Kantonsparlament ausdrücklich das Milizsystem vor. «Die Festlegung der Entschädigungshöhe ist daher von grosser staatspolitischer Bedeutung», sagt Amrein. Es müsse möglich sein, dass das Volk darüber abstimmen könne. (pag)

Nachrichten

Kind im Kindersitz aus dem Auto gefallen

Winterthur Nur leichte Verletzungen erlitt ein 4-jähriges Kind bei einem Unfall am Samstag in Winterthur. Ein 35-jähriger Autofahrer bog auf der Schaffhauserstrasse nach links ab, um sein Fahrzeug zu parkieren. Dabei löste das Kleinkind auf dem Rücksitz die Sicherheitsgurte sowie die hintere rechte Beifahrertüre und stürzte mitsamt dem Kindersitz auf die Gegenfahrbahn. (sda)

Bäuerin erleidet schweren Arbeitsunfall

Thalheim Ein 64-jähriger Landwirt hat am Samstag in Thalheim an der Thur seinen Traktor mit angehängtem Kartoffelernter über das Feld gelenkt. Während eines Wendemanövers habe seine 63-jährige Frau beabsichtigt, vom Anhänger abzusteigen, teilte die Polizei mit. Sie wurde vom Hinterrad überrollt und erlitt schwere Verletzungen. (sda)